



## Chancen für eine vernunftgeleitete Asylpolitik?

**Die Wahlen haben den vorausgesagten Ruck von rechts zu ganz rechts gebracht. Welche Rolle Asylpolitik in den laufenden Koalitionsverhandlungen spielt, wird sich zeigen. Wir haben die Empfehlungen von UNHCR und Forderungen der Asyl-NGOs an eine neue Regierung gelesen und mit einigen Kollegen gesprochen.**

*Von Herbert Langthaler*

Im Vorfeld des EU-Gipfels Mitte Oktober wurde Gerald Knaus, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler, bekannt als einer der Initiatoren des EU-Türkei-Deals, im *ORF-Mittagsjournal* interviewt. Thema war die Ansage der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Brief an alle Mitgliedsstaaten, umgehend eine neue Regelung für die Rückführung abgelehnter Asylsuchender zu erarbeiten. Knaus, sonst selten um geschmeidige Antworten verlegen, reagierte auf die Fragen des Moderators mehrmals mit einem leicht irren Lachen. Tatsächlich ist es schwierig, beim derzeit in den meisten EU-Ländern geführten Diskurs um Flucht und Migration, ruhig zu bleiben. Trotz zum Teil dramatischen Bevölkerungsschwunds (vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten) und weit verbreiteten Arbeitskräftemangels werden keine Maßnahmen erarbeitet wie die Menschen, die einen Schutzstatus

bekommen, schneller in den Arbeitsmarkt integriert, und jene, die keinen bekommen, unter bestimmten Voraussetzungen auf andere Aufenthaltstitel umsteigen könnten. Auch werden angesichts Tausender Toter im Mittelmeer (2023 bei hoher Dunkelziffer laut IOM 3.129 Menschen) nicht sichere Fluchtwege diskutiert, sondern weiter Abschottungsmaßnahmen, Rückführungen in Drittländer und die Errichtung geschlossener Lager an den EU-Außengrenzen.

Dass sich einige Staaten offen weigern, das noch knapp vor der EU-Wahl beschlossene GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) anzuwenden, bedeutet eigentlich das Ende der Rechtsstaatlichkeit in der Union – immerhin handelt es sich bei den beschlossenen Verordnungen um geltendes EU-Recht.

Österreich ist bislang zwar nicht bei den absoluten Hardlinern (Ungarn, Niederlande jüngst auch Polen), aber bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ könnte das durchaus noch kommen. Flüchtlingsfeindliche Diskurse und Abschottungsrhetorik erlebten im Superwahljahr 2024 trotz dramatisch sinkender Antragszahlen auch in Österreich neue Höhenflüge. Wie die Praxis aussehen wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

### **Wirtschaft braucht Migration**

Natürlich hängt alles davon ab, welche Koalition das Land die nächsten Jahre regieren wird. Die ÖVP ordnet seit Jahren alles ihrem Machterhalt unter, muss allerdings auch die Interessen der Wirtschaft vertreten und die braucht Arbeitskräfte. Ob man\* jetzt die Potentiale von jungen Geflüchteten auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes hin entwickelt oder im Wettbewerb mit anderen Industrieländern versucht, Arbeitskräfte in Asien anzuwerben, Migration wird

stattfinden müssen, damit die Wirtschaft brummt.

Mit der Bestellung von Magnus Brunner zum EU-Migrationskommissar hat die ÖVP eine zusätzliche Challenge zu bewältigen: Ist die FPÖ nicht Teil der Regierung,

„Es muss die Möglichkeit geben, Aus- und Fortbildungen zu individualisieren.“

wird die rechtsaußen Partei nicht zögern, für jedes Problem im Asyl- und Migrationsbereich auf EU-Ebene den ÖVP-Kommissar verantwortlich zu machen.

Mit oder ohne FPÖ in der Regierung wird der Hass auf Geflüchtete – insbesondere Muslim:innen – weiter geschürt werden. Die sich selbst erfüllende Prophezeiung, dass es zu Problemen mit Personen aus den ausgegrenzten Communitys kommt, ist bei fehlender Arbeitsmarkt-

Baustellen gibt es genug, von der Aufnahme von neu ankommenden Schutzsuchenden, bis zur nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt.



**1** Zu finden sind die detaillierten „UNHCR-Empfehlungen an die nächste österreichische Bundesregierung“ auf der UNHCR Website (nicht ganz leicht zu finden, URL oder in die Suchfunktion eingeben) [https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2024/08/UNHCR\\_Empfehlungen\\_2024.pdf](https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2024/08/UNHCR_Empfehlungen_2024.pdf)

**2** Eine genauere Analyse von GEAS planen wir für die nächste Ausgabe der *asyl aktuell*.

**3** Zitate, wenn nicht anders ausgewiesen: *asylkoordination österreich: flüchten ankommen bleiben*. Maßnahmen für eine zeitgemäße und vernunftgeleitete Asyl- und Integrationspolitik. <https://www.asyl.at/de/wir-informieren/dossiers/fluechten-ankommen-bleiben-massnahmen-fuer-eine-zeitgemaesse-und-vernunftgeleitete-asyl-und-integrationspolitik/>

**4** UNHCR-Empfehlungen an die nächste österreichische Bundesregierung, Empfehlung 4: Den Schutz von geflüchteten Kindern in Österreich verbessern.

integration und einem feindlichen gesellschaftlichen Klima garantiert.

Kommt die SPÖ zum Zug, könnte zumindest an einer Lösung von im Asylbereich anstehenden Problemen gearbeitet werden, auch wenn ein Rückfall in rassistische Diskurse jederzeit möglich scheint, wenn Andreas Babler und Julia Herr nicht komplett entmachtet, so doch an den Rand gedrängt werden.

### Demokratie braucht Asyl

Die *asylkoordination* und ihre Kooperationspartner:innen hatten schon im Vorfeld der Wahl in dem Papier *flüchten ankommen bleiben* eine „zeitgemäße und vernünftige Asyl- und Integrationspolitik“ skizziert. Auch *UNHCR* hat bereits vor den Wahlen Empfehlungen an die nächste österreichische Bundesregierung veröffentlicht.<sup>1</sup>

Baustellen gibt es genug, einerseits bei der Aufnahme und Versorgung von neu ankommenden Schutzsuchenden, andererseits bei einer zielgerichteten, raschen und nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt.

Klar ist auch, dass mit der Implementierung des GEAS auf die neue Regierung eine enorme Herausforderung zukommt. Das Innenministerium hat auch begonnen, sich dafür zu rüsten und sucht eine:n Hauptreferent:in für das Projekt „Umsetzung des EU-Asyl- und Migrationspakt“.

Auch NGOs und die Wissenschaft (siehe Interview) beschäftigen sich intensiv mit dem umfangreichen Gesetzeskonvolut, loten dessen Folgen für die Praxis in Österreich aus und versuchen auch, die positiven Aspekte in bestimmten Bereichen herauszuarbeiten, die u.a. zu mehr Verfahrenssicherheit führen könnten.<sup>2</sup>

Verbesserungen erwarten sich Expert:innen durch die Umsetzung des GEAS in Fragen des Kindeswohls und dessen umfassender Berücksichtigung „in allen Stadien asyl- und fremdenrechtlicher Verfahren“.<sup>3</sup> Obsorge ab Tag 1 – schon in der ÖVP-Grünen-Regierung am Programm aber nicht umgesetzt – sollte so Wirklichkeit werden. Eine neue Regierung müsste die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, am besten wohl im Rahmen eines „Bundesrahmengesetzes Kinder- und Jugendhilfe“. Hier sieht auch Christoph Riedl von der *Diakonie Österreich*, Mitautor des NGO-Papiers, auf Grund der EU-Vorgaben am ehesten Chancen für eine Verwirklichung der Forderungen der Asyl-NGOs. Ansonsten werde sich nicht viel ändern, „die ÖVP wird sich weiter mit einer restriktiven Ausländerpolitik profilieren wollen und es ist wenig realistisch, dass es zu Reformen kommt“, so die Einschätzung von Riedl. *UNHCR* schlägt, um die Kinder und Jugendhilfen zu entlasten (diese hatten die sich gegen die Übernahme der Obsorge ab Tag 1 gewehrt), die Einrichtung von Clearing-Stellen vor, wo die Kinder und Jugendlichen „altersadäquat untergebracht und von professionellem Personal betreut werden, bis sie in die Obhut der Kinder- und Jugendhilfe übergeben werden“.<sup>4</sup>

### Pragmatische Lösungen

Möglichkeiten für Fortschritte sieht Riedl dort, wo pragmatische Lösungen notwen-





dig sind, um es „sich nicht selbst schwer zu machen“. Vor allem bei der Realisierung der Potentiale von Geflüchteten durch einen leichteren Arbeitsmarktzugang und die Anerkennung vorhandener Qualifikationen. Hier gibt es seit langem die Forderung nach dem Ende der Beschäftigungsbewilligung und deren Ersatz durch ein Meldesystem beim *Arbeitsmarktservice (AMS)*. Das würde bedeuten, dass Schutzsuchende sich legal am Arbeitsmarkt bewegen könnten und so auch vor ausbeuterischen undokumentierten Arbeitsverhältnissen, wie sie zurzeit häufig vorkommen, geschützt wären und schneller unabhängig werden könnten. Dafür braucht es flexible Regelungen für die Grundversorgung. Gefordert wird von den NGOs die „Schaffung einer zeitlich befristeten Übergangsphase für Grundversorgungsbezieher:innen nach Arbeitsaufnahme (ohne sofortigen Wohnraumverlust, Ansparmodell)“.

Besonders für ukrainische Vertriebene, aber auch für alle anderen braucht es einen Rechtsanspruch auf Integrationsleistungen, betont Andreas Diendorfer, Ge-

schäftsführer von *tralalobe*, und fordert: „Wir müssen raus aus den starren Vorgaben. Es muss die Möglichkeit geben, bei Aus- und Fortbildungen zu individualisieren.“ Eine Forderung beinhaltet auch den Ausbau des Integrationsjahrmodells, um Schutzsuchenden einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hier sieht auch Diendorfer Chancen auf Umsetzung, „weil es überall so viel Arbeitskräftemangel gibt, in der Pflege, in der Schule, im Gesundheitsbereich“.

Auch sollte es, wie Christoph Riedl unterstreicht, möglich sein, aus dem Asylverfahren heraus eine Rot-Weiß-Rot-Karte im Inland zu beantragen, wenn man\* die Voraussetzungen erfüllt.

Christoph Pinter, Leiter von *UNHCR Österreich*, möchte ebenfalls, dass die Potentiale von Geflüchteten erkannt und besser gefördert werden: „Österreich hat in den letzten Jahren vielen Menschen Schutz gewährt, nun geht es darum, sie dabei zu unterstützen, damit sie ihr Potenzial einbringen können.“ Dies träfe zum Beispiel auch auf ukrainische Geflüchtete

UNHCR schlägt, um die Kinder und Jugendhilfen zu entlasten, die Einrichtung von Clearing-Stellen vor.

Verbesserungen erwarten sich Expert:innen durch die Umsetzung des GEAS in Fragen des Kindeswohls.



zu. „Wenn ukrainische Flüchtlinge Zugang zu Sozialhilfe hätten, würde das auch maßgeblich ihre Integration erleichtern. Mit der aktuellen Grundversorgung rutschen sie immer weiter in die Armut. Außerdem würde das deutlich flexiblere System der

gorie „pragmatisch und vernunftgeleitet“ fallen.

### **Wenig Chancen auf Reformen gegen die Länder**

Positive Entwicklungen von der neuen Regierung zu erwarten, erscheint den meisten Gesprächspartner:innen vermessen, so sieht auch Christoph Riedl für weitgehende Reformen der Grundversorgung wie höhere Standards, schnelleren Umstieg ins Sozialhilfesystem oder einer bundesweiten Ausrollung des in Wien erprobten Realkostenmodells schwarz. Wobei sich hier nicht nur die ÖVP regierten Bundesländer, sondern auch Doskozils Burgenland, Reformen entgegenstemmen. Eine bundesweite Harmonisierung bleibt auch 20 Jahre nach Einführung der Grundversorgung ein scheinbar unerfüllbarer Wunsch.

UNHCR zielt in seinen Empfehlungen auch auf strukturelle Maßnahmen ab, so die dauerhafte Einsetzung eines Flüchtlingskoordinators, der, im Gegensatz zum derzeit eingesetzten Ukraine-Koordinator, für alle Schutzsuchenden zuständig sein sollte. Die NGO-Forderung nach einer „transparenten externen Qualitätskontrolle der Arbeit des BFA“ findet sich ähnlich

## Positive Entwicklungen von der neuen Regierung zu erwarten, erscheint vermessen.

Sozialhilfe vielen Flüchtlingen auch den Einstieg ins Arbeitsleben erleichtern“, so Pinter. Ein Punkt in den UNHCR-Empfehlungen betrifft die Partizipation der Geflüchteten, was beitragen würde, „deren Herausforderungen und Anliegen zu verstehen und gemeinsame Lösungen dafür zu finden“. Die Integration würde auch erleichtert, wenn Asyl- und Subsidiär Schutzberechtigte so wie Vertriebene die gleichen Rechte, Möglichkeiten und den gleichen Zugang zu Integrationsmaßnahmen hätten. Auch würden sich die (Asyl-)Behörden einiges an Arbeit ersparen. Insofern würde eine solche Reform unter die Kate-

auch bei *UNHCR*. Hier wird auf die notwendigen Schritte bei der Umsetzung des GEAS vertraut, insbesondere auf den „Monitoring“-Mechanismus, der eine „effektive unabhängige Kontrolle der Einhaltung von Menschenrechtsstandards“ sicherstellen sollte.

Auch bei der Forderung nach einer „Multiprofessionellen Clearingstelle“, in der einerseits Versorgungs- und Betreuungsbedarf erhoben werden soll, andererseits berufliche Qualifikationen festgestellt werden könnten, treffen sich die Empfehlungen von *UNHCR* und jene der NGOs.

Zwar glauben NGO-Vertreter wie Andreas Diendorfer, dass GEAS schnell umgesetzt werden wird, der Optimismus, dass sich dabei wirklich viel verbessert, ist allerdings enden wollend, auch wenn letztlich eine Dreierkoalition zwischen ÖVP, SPÖ und den Neos zustande kommen sollte.

Leo Call, Referent für Asyl- und Fremdenrecht im Grünen Club hat in den vergangenen vier Jahren viele Erfahrungen mit der ÖVP machen können. Für eine Dreierkoalition sieht er zumindest die Möglichkeit einer „langweiligen Lösungskompetenz“, womit er meint, dass gewisse Probleme ohne großes Getöse einer Lösung zugeführt werden könnten. Vor allem hofft er das für die Frage der Obsorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wo schon von den Grünen sehr viel Vorarbeit geleistet wurde, bis hin zu fertigen Konzepten für Clearingstellen.

Ansonsten setzt er darauf, dass bei der Umsetzung des GEAS EU-Primärrecht, vor allem die Grundrechtscharta Artikel 18 bzw. Artikel 78 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eingehalten werden, in denen die EU auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet wird.



Gegen den in der ganzen westlichen Welt dominierenden rassistischen Diskurs sei allerdings zurzeit kein Durchkommen möglich, so gehe es weiter in erster Linie um Schadensbegrenzung.

Auch Christoph Riedl von der *Diakonie Österreich* vermutet, dass in erster Linie weiter über Rückführungen in Drittländer und Verfahrenszentren an den EU-Außengrenzen gesprochen werden wird. Dinge, die so nicht umsetzbar sind, weil sich kein Land findet, das solche Zentren auf seinem Territorium einrichten will. Ein Befund, zu dem auch Gerald Knaus in seinem ORF-Journal-Interview kommt. Angesichts solcher Aussichten bleibt kaum mehr als ein gelles Lachen.

Hier gibt es seit langem die Forderung nach dem Ende der Beschäftigungsbewilligung.

